

Abo [Interview mit Bundesrat Albert Rösti](#)

«Atomkraft ist eine langfristige Option»

Bundesrat Albert Rösti weist Vorwürfe zurück, beim Klimaschutz zu wenig zu tun, spricht über den Umgang mit Hitze und Wasserknappheit und erklärt, weshalb die Atomkraft für die Schweiz eine langfristige Option sein muss.



Damien Martin, Valentin Ade, Bern

Publiziert heute um 13:10 Uhr



Er könne die Vorwürfe punkto Klimaschutz gegen sich einordnen, sagt Bundesrat Albert Rösti. Schliesslich war er auch einmal Parteipräsident.

Bild: Pascal Mora

Hören Sie diesen Artikel:



00:00 / 15:07 1X

AI Voice by BotTalk

Es ist heiss an diesem Augusttag, über Bern sucht man vergebens nach Wolken. Kinder und Erwachsene kühlen sich auf dem Bundesplatz dank des Wasserspiels ab, bei dem 26 Fontänen die Kantone der Schweiz symbolisieren. Wenige Meter weiter östlich, im Bundeshaus Nord an der Kochergasse 10, ist es angenehm kühl. Der Hitzesommer scheint hier zumindest im Raumklima weniger spürbar zu sein. Thema ist er am offiziellen Sitz des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) dennoch, wie uns Bundesrat Albert Rösti, der uns in seinem Büro empfängt, versichert.

Herr Bundesrat, Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone wirft Ihnen vor, Sie würden die Schweizer Klimapolitik «an die Wand

fahren». GLP-Präsident Jürg Grossen sagt, beim Wolf könne es Ihnen nicht schnell genug gehen, beim Klimaschutz und bei den Erneuerbaren seien Sie dagegen zu träge. Was macht diese Kritik mit Ihnen?

In der Sache bin ich ruhig, weil ich weiss, wie viel wir tun – nicht ich allein, sondern die Ämter und der Gesamtbundesrat. Natürlich beschäftigt mich die Hitzewelle sehr, gerade mit Blick auf vulnerable Menschen, die Landwirtschaft und den Wald. Ich bedauere zwar, wenn eine solche Situation politisch instrumentalisiert wird, bin aber lange genug in der Politik und war selbst Parteipräsident, um solche Vorwürfe einordnen zu können.

Dieser Hitze- und Dürresommer hat sehr konkrete Folgen gezeigt, besonders für gefährdete Menschen. Braucht die Schweiz nun eine nationale Hitzestrategie?

Wir haben bereits im vergangenen Jahr eine Risikoanalyse zur Klimaentwicklung gemacht. Dabei hat sich gezeigt, dass Hitze eines der grössten Risiken darstellt. Darauf haben wir mit Trockenheits- und Hitzewarnungen, einem Leitfaden für klimaangepasste Siedlungsentwicklung und einer umfassenden Anpassungsstrategie reagiert. Eine isolierte Hitzestrategie halte ich nicht für besonders kohärent. Neben Hitze bestehen weitere Risiken wie Murgänge oder Steinschläge. Entscheidend ist das Gesamtpaket.

Wo endet dabei die Verantwortung des Bundes, und wo beginnt die von Kantonen und Gemeinden?

Die konkrete Umsetzung liegt bei Kantonen und Gemeinden. Der Bund kann informieren, warnen, beraten und etwa Gebäudesanierungen unterstützen. Aber er kann nicht entscheiden, ob in einem Altersheim eine Klimaanlage eingebaut oder ein städtischer Platz entsiegelt wird. Das ist klassische Subsidiarität. Wir erfassen Risiken schweizweit und stellen Instrumente bereit, die konkrete Umsetzung geschieht vor Ort.

**«Eine starke Wirtschaft ist auch
Voraussetzung dafür, dass wir einen hohen
Umwelt- und Biodiversitätsschutz
finanzieren können.»**

Im Abstimmungskampf zur Klimafondsinitiative argumentierten Sie, die bestehende Klimapolitik funktioniere, und zusätzliche Milliarden seien nicht nötig. Nun dürfte die Schweiz ihr Klimaziel 2030 nur schwer erreichen. Wie passt das zusammen?

Ich stehe weiterhin hinter der Ablehnung der Klimafondsinitiative. Sie hätte sehr viel zusätzliches Geld verlangt und die Schuldenbremse geritzt. Bei der Lücke bis 2030 geht es unter anderem um noch ausstehende Auslandkompensationen. Die Ursachenbekämpfung bleibt zentral: Wir müssen weg von den fossilen Energien. Aber die Schweiz kann das Weltklima nicht allein verändern. Gleichzeitig braucht es Anpassungsmassnahmen und einen möglichst effizienten Mitteleinsatz.

Das Ziel für 2030 ist also anspruchsvoll – bereits fünf Jahre später sollen die Emissionen noch deutlich stärker gesunken sein. Wie wollen Sie diese Lücke schliessen?

Wir wollen für die Zeit nach 2030 einen Systemwechsel in Richtung Emissionshandel. Wer im Gebäude- oder im Verkehrsbereich weiterhin fossile Energie nutzt, soll entsprechende Zertifikate benötigen, die etwa den heutigen CO₂-Abgaben entsprechen. Entscheidend dabei: Die Zertifikate werden dann nicht mehr zu zwei Dritteln zurückerstattet. Der Erlös würde dann vollständig für Klimaschutzmassnahmen eingesetzt werden und helfen, einen Teil der Lücke zu schliessen. Gleichzeitig braucht es private Investitionen – etwa in Wärmepumpen oder Elektromobilität – und die entsprechende Infrastruktur.

Im Rahmen des Entlastungspakets 27 wurden zusätzliche Mittel für den klimagerechten Umbau des Waldes nicht weitergeführt. Wurde da am falschen Ort gespart?

Bundesrat und Parlament haben bereits vor einigen Monaten entschieden, gewisse Mehrausgaben nicht weiterzuführen. In diesem Sommer hat der Wald stark gelitten, Bäume verlieren Blätter oder sterben ab, auch Jungpflanzen sind betroffen. Die Auswirkungen sind noch nicht absehbar, werden zurzeit jedoch mit den kantonalen Forstdirektionen eruiert. Wir werden die Situation genau anschauen und wo notwendig reagieren.



«Es ist meine Aufgabe, innerhalb des gesetzlichen Spielraums die Güterabwägung vorzunehmen.»

Bild: Pascal Mora

Auch beim Wasser stellt sich zunehmend die Verteilungsfrage. Wer soll bei Knappheit zuerst versorgt werden?

Die Schweiz ist und bleibt grundsätzlich ein Wasserschloss. Regional kann es trotzdem zu Knappheit kommen. Dann ist die Priorität

für mich klar: Zuerst kommt das Trinkwasser, danach die Landwirtschaft – insbesondere Tiere und Kulturen. Rasen sprengen oder Autos waschen kommen zuletzt. Solche Entscheidungen sind zunächst Sache von Gemeinden und Kantonen. Kommt es zu einer schweizweiten Knappheit, braucht es eine übergeordnete Koordination. Dafür erarbeitet mein Departement eine nationale Wasserstrategie.

Der niedrige Rheinpegel hat zugleich gezeigt, wie stark die Versorgung der Schweiz von dieser Route abhängt. Was kann der Bund dagegen tun?

Die Rheinanrainer arbeiten gemeinsam an Massnahmen. Eine Möglichkeit ist, die Fahrrinne so anzupassen, dass Schiffe auch bei tieferem Wasserstand genügend Tiefgang haben. Die Schweiz hat hier bereits Schritte unternommen. Gleichzeitig zeigt die Situation, wie wichtig strategische Reserven sind. Derzeit besteht kein Versorgungsengpass. Bei einer ernsthaften Knappheit wäre der Bundesrat aber vorbereitet, Reserven, wie zum Beispiel Düngemittel, freizugeben.

Im Wallis wird Ihnen zugutegehalten, dass Sie bei einer neuen Gondelbahn in Anzère interveniert haben. Zugleich wird Ihnen vorgeworfen, strengere Naturschutzvorgaben für die Neuerschliessung von Seilbahnen gebremst zu haben. Geben Sie wirtschaftlichen Interessen beim Landschaftsschutz zu oft den Vorrang?

Als Bundesrat muss ich die Interessen gegeneinander abwägen. Eine starke Wirtschaft ist auch Voraussetzung dafür, dass wir einen hohen Umwelt- und Biodiversitätsschutz finanzieren können. In meinem Departement ist diese Spannung bewusst angelegt: Das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Raumentwicklung vertreten Schutzinteressen, andere Ämter wollen Infrastruktur ermöglichen. Danach ist es meine Aufgabe, innerhalb des gesetzlichen Spielraums die Güterabwägung vorzunehmen. Die kann einmal zugunsten eines Projekts, ein anderes Mal zugunsten des Naturschutzes ausfallen.

«Es würde auch kein Privatunternehmen jemals in Wind-, Wasser-, oder Solarenergie investieren, wenn sie nicht wie heute bis zu 60% subventioniert würden.»

Kommen wir zur Stromversorgung: Im Sommer wächst die Solarproduktion stark, im Winter bleibt die Schweiz auf Importe angewiesen. Wie wollen Sie diese Winterstromlücke schliessen?

Wir müssen kurzfristig, mittelfristig und langfristig denken. Kurzfristig sichern Reservekraftwerke die Versorgung ab, wenn Importe oder andere Produktionsanlagen ausfallen. Mittelfristig müssen wir insbesondere Windkraft, Wasserkraft und alpine Solarenergie ausbauen, weil sie auch Winterstrom liefern können. Die Projekte kommen teilweise langsamer voran als erhofft. Langfristig müssen wir zudem mit deutlich höherem Strombedarf rechnen – durch Dekarbonisierung, Bevölkerungswachstum und künstliche Intelligenz.

Der Bundesrat will deshalb das Neubauverbot für Atomkraftwerke aufheben. Ist Atomenergie für Sie die Antwort auf die Winterstromlücke?

Sie ist für mich eine langfristige Option, nicht die kurzfristige Antwort. Nach heutiger Einschätzung bestehen Zweifel, ob wir den künftigen Winterstrombedarf allein mit erneuerbaren Energien decken können. Ein neues Kernkraftwerk wäre eine Frage für einen Horizont von Jahrzehnten, insbesondere wenn bestehende grosse Anlagen dereinst ersetzt werden müssen. Wenn wir genügend Wasserkraft-, Wind- und Solaranlagen bauen können, bin ich froh, wenn es keine neue Kernenergie braucht. Aber ich möchte eine möglicherweise notwendige Option nicht zu spät auf den Tisch legen.

GLP-Präsident Jürg Grossen hält Atomkraftwerke für einen teuren Umweg und bezweifelt, dass ein privater Investor Milliarden in ein neues Schweizer AKW stecken würde. Ist diese Kritik berechtigt?

Es würde auch kein Privatunternehmen jemals in Wind-, Wasser-, oder Solarenergie investieren, wenn sie nicht wie heute bis zu 60% subventioniert würden. Bereits 14 Mrd. Fr. Netzzuschlagsgelder wurden in Solarenergie investiert, damit hätte man bereits zwei Kernkraftwerke in der Grösse von Leibstadt zur Hälfte finanziert. Für mich steht keine bestimmte Technologie im Vordergrund, sondern die Versorgungssicherheit. Gelingt der Ausbau der Erneuerbaren rasch genug, umso besser. Werden Projekte dauerhaft blockiert, müssen andere Optionen offenbleiben.

«Wir wollen in den kommenden zwei Jahrzehnten sehr viel in die Bahn investieren.»

Bild: Pascal Mora

Sie verlangen also auch von Umweltverbänden mehr Kompromissbereitschaft?

Wenn wir aus den fossilen Energien aussteigen wollen – und von dieser Notwendigkeit bin ich überzeugt –, brauchen wir viel zusätzliche Stromproduktion. Jede Anlage hat Auswirkungen auf

Landschaft oder Biodiversität. Man kann nicht einen raschen Ausstieg aus fossilen Energien verlangen und gleichzeitig praktisch jedes grössere erneuerbare Projekt bekämpfen. Ist die Kompromissbereitschaft zu klein, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass wir langfristig Kerntechnologien brauchen – was im Übrigen auch eine klimafreundliche Massnahme wäre.

Zur Versorgungssicherheit gehört für den Bundesrat auch das Stromabkommen mit der EU. Ein internes Uvek-Papier warnte während der Verhandlungen, dass die Schweiz ihre Winterreserve künftig nicht mehr völlig autonom definieren könnte. Geben wir damit in einer zentralen Frage Souveränität ab?

Mit einem Abkommen gibt es selbstverständlich auch Pflichten. Bei den Reservekraftwerken haben wir aber eine vertretbare Lösung verhandelt. Nach Inkrafttreten gäbe es zunächst eine mehrjährige Übergangszeit, in der die Schweiz ihre Reserven autonom festlegen kann. Danach müsste die Berechnung einer gemeinsamen Methodik folgen, wobei Schweizer Besonderheiten berücksichtigt werden können. Für mich war von Beginn weg klar: Wäre unsere Versorgung im Krisenfall infrage gestellt worden, hätte der Bundesrat das Abkommen nicht empfehlen können.

Als Bundesrat vertreten Sie nun ein EU-Vertragspaket mit, das Ihrer persönlichen politischen Linie als ehemaliger SVP-Präsident zuwiderlaufen muss. Fällt Ihnen das schwer?

Das Kollegialitätsprinzip gehört zum Amt. Man muss sich vor einer Kandidatur überlegen, ob man das kann. Ich bringe meine persönliche Grundhaltung intensiv in die Diskussion des Bundesrats ein und habe somit stets ein ruhiges Gewissen. Wenn danach eine andere Entscheidung getroffen wird, vertrete ich sie. Umgekehrt erwarte ich das Gleiche bei meinen Geschäften. Eine Schweizer Regierung würde ohne dieses Prinzip nicht funktionieren.

«Die Bevölkerung hat ein Paket von sechs Projekten abgelehnt, nicht jeden künftigen Ausbau der Nationalstrassen.»

Beim Verkehr will der Bundesrat das bisher befristete Mehrwertsteuerpromille für die Bahninfrastruktur weiterführen, um die nächsten Ausbaustapen zu finanzieren. Was passiert, wenn das Volk Nein zur unbeliebten Steuererhöhung sagt?

Wir wollen in den kommenden zwei Jahrzehnten sehr viel in die Bahn investieren. Ein Teil der Projekte ist bereits beschlossen und würde unabhängig davon umgesetzt. Ohne die Weiterführung des Promilles fehlten aber Mittel für weitere Ausbauten, und wir müssten die Prioritäten neu setzen. Es handelt sich zudem nicht um eine neue Abgabe, sondern um die Weiterführung einer bestehenden Finanzierung.

Warum nicht stärker innerhalb des bestehenden Bundesbudgets priorisieren?

Der Bundesrat hat mit dem Entlastungspaket bereits versucht, die Ausgaben zu reduzieren. Wenn politisch weniger gespart wird als vorgeschlagen, stellt sich auf der anderen Seite die Frage zusätzlicher Einnahmen. Im Zentrum steht die Schuldenbremse. Weitere Einsparungen würde ich begrüßen. Gleichzeitig braucht eine wachsende Bevölkerung Investitionen in die Bahninfrastruktur, wenn wir die Qualität des Systems erhalten wollen.

Nach dem Nein zum Autobahnausbau 2024 wollen Sie die Nationalstrassen dennoch weiterentwickeln. Ignorieren Sie damit den Volksentscheid?

Nein. Die Bevölkerung hat ein Paket von sechs Projekten abgelehnt, nicht jeden künftigen Ausbau der Nationalstrassen. Der Bund hat weiterhin den Verfassungsauftrag, das Nationalstrassen-

netz funktionsfähig zu halten. Selbstverständlich können wir nicht einfach mit denselben abgelehnten Projekten nochmals kommen. Aber aus dem Abstimmungsergebnis abzuleiten, dass es nie wieder einen Autobahnausbau geben dürfe, halte ich für falsch. Wo Engpässe bestehen, müssen wir weiterhin nach Lösungen suchen.

Im Büro von Bundesrat Albert Rösti.

Bild: Pascal Mora

NEWSLETTER

FuW Daily

Erhalten Sie die wichtigsten News und Geschichten der FuW.

Von Montag bis Freitag in Ihrem Postfach.

Weitere Newsletter

Einloggen

Damien Martin ist Leiter Beilagen sowie Bundeshausredaktor. Er berichtet schwerpunktmässig über wirtschaftspolitische Themen aus Bern und

beschäftigt sich darüber hinaus mit internationaler Geopolitik. [Mehr Infos](#)
Valentin Ade ist Leiter des Ressorts Meinungen bei «Finanz und Wirtschaft». Er verantwortet unter anderem die Planung und Umsetzung von Leitartikeln, Kommentaren und Gastbeiträgen sowie die nationale und internationale politische Berichterstattung. [Mehr Infos](#)
✕ @valle85

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

1 Kommentar